



In Eigenrieden war die Entscheidung für Mühlhausen deutlich. Struth votierte mit 51 Prozent für das Südeichsfeld – und trotzdem wird nun auch mit der Stadt verhandelt. FOTO: CLAUDIA BACHMANN

Struther Weg nach Mühlhausen bleibt offen

Erfolgreicher CDU-Antrag in Rodeberg: Trotz Votum für Südeichsfeld Verhandlungen auch mit der Stadt

Von Claudia Bachmann

Struth. Zum Wechsel von Eigenrieden 2024 nach Mühlhausen und Struth in die Gemeinde Südeichsfeld beginnen nun die Verhandlungen. Doch für Struth bleibt nach der jüngsten Gemeinderatssitzung auch wieder der Weg nach Mühlhausen offen.

Rückblick: Mangelnder finanzieller Spielraum forcierte in Rodeberg Gedanken über eine Gemeindegliederung. Varianten wurden durchgespielt. Der Gemeinderat entschloss sich, am ersten April-Sonntag ein Bürgervotum einzuholen und befragte dazu die Ortsteile separat: Wohin wollen die Eigenrieder, wohin die Struther? Zur Landgemeinde Südeichsfeld, zur Stadt Mühlhausen oder in die Verwaltungsgemeinschaft Westerwald?

In Eigenrieden sprachen sich 90 Prozent der Abstimmenden für Mühlhausen aus; in Struth bevor-

zugten 51 Prozent den Wechsel zur Landgemeinde Südeichsfeld. Der Gemeinderat bestätigte am Dienstag diese Ergebnisse und ermächtigte Bürgermeister Klaus Zunke-Anhalt (CDU), Gespräche mit den möglichen Partnern aufzunehmen.

Jacobi sieht Chance für Wechsel im Falle des Scheiterns

In der ursprünglich vorgelegten Tagesordnung sprach man von Südeichsfeld als Partner für Struth und Mühlhausen als Partner für Eigenrieden. Die CDU brachte einen Änderungsantrag ein. Der sieht vor, dass mit der Stadt Mühlhausen auch über die Eingliederung von Struth verhandelt wird.

Der CDU-Antrag erhielt die Stimmen der Einreicher-Fraktion und von Thomas Jacobi (Freie Wähler). „Er öffnet eine Chance – nämlich nach Mühlhausen zu wechseln, wenn die Verhandlungen mit Südeichsfeld scheitern“, sagte er nach

der Ratssitzung. Die Verhandlungen mit Mühlhausen und der Landgemeinde Südeichsfeld sollen parallel geführt werden. „An erster Stelle steht der Bürgerwille. Vorrangig reden wir mit Südeichsfeld; wenn das scheitert, bleibt der Weg nach Mühlhausen“, so Zunke-Anhalt. Vor einem Wechsel nach Südeichsfeld gebe es „noch zu viele offene Parameter“.

Die Ehe mit Südeichsfeld wäre auch mit dem Wechsel in den Abwasserzweckverband Eichsfeldwerke verbunden. Der brächte eine Beitragsnacherhebung, denn die Finanzierung der Abwasserbeseitigung über den Rodeberger Eigenbetrieb war lange nicht auskömmlich; es klafft ein Millionenloch.

Ulrich Stude (Freie Wähler) sieht in diesem Beschluss das Bürgervotum negiert. Er stimmt gegen den Vorschlag, hatte sich aber zuvor darum bemüht, einarbeiten zu lassen, dass der Bürgermeister mit dem

Hauptausschuss und möglichen Arbeitsgruppen die Verhandlungen beginnt – also nicht allein – und zwar mit Südeichsfeld und mit Mühlhausen. Stude hatte sich vor Abfrage des Bürgerwillens klar für Mühlhausen positioniert: „Rational müsste die Entscheidung Mühlhausen heißen“, sagte er im März.

Sein Fazit nun: „Das Abholen des Bürgervotums ist immer auch mit Emotionen verbunden, und emotional sieht sich eine Mehrheit der Struther im Südeichsfeld. Wir haben das Bürgervotum umzusetzen, denn wir sind auch von einer Mehrheit der Rodeberger gewählt.“

Bürgermeister fühlt sich als Feigenblatt

Zunke-Anhalt sieht Südeichsfeld-Bürgermeister Andreas Henning (parteilos) in der Verantwortung, Gespräche mit den Eichsfeldwerken zu forcieren. Der weist dies von sich: „Den Termin müssen sich die

Rodeberger schon selbst machen.“ Trotz des jetzigen Gemeinderatsbeschlusses sei aus Südeichsfeld-Sicht die Tür für Verhandlungen „weiter offen, auch wenn ich das Gefühl habe, dass sie von der Rodeberger CDU her klemmt.“

Für den 5. Mai ist eine gemeinsame Sitzung der Hauptausschüsse geplant. „Für mich ist das Votum der Struther für eine Fusion mit Südeichsfeld bindend“, so Henning. Der gefasste Beschluss umgehe den Bürgerwillen: „Ich komme mir vor wie ein Feigenblatt.“

Die Räte der aufnehmenden Kommune und der Gemeinderat Rodeberg müssen in den nächsten Wochen gleichlautende Beschlüsse zur Fusion fassen. Die müssen bis Mitte September beim Thüringer Innenministerium vorliegen. „Unser Ziel ist, die Beschlüsse bis Mitte August zu fassen, um noch etwas Spielraum zu haben“, sagt Zunke-Anhalt.